



UPDATES PHILIPPINES

Veröffentlichung der Nationaldemokratische Front der Philippinen

Amsterdamsestraatweg 50, 3513AG Utrecht, Niederlande

T: : +31 30 2310431 | E: editors@updatesphilippines.info | W: updatesphilippines.info

2022 Nummer 3

Deutsche Ausgabe

1. Juli 2022

LEITARTIKEL

Die Geschichte wiederholt sich, in Spiralen

General Delfin Lorenzana, Verteidigungsminister des scheidenden Präsidenten Rodrigo Duterte, riet im vergangenen Monat dem designierten Präsidenten Ferdinand Marcos Jr., sich weiterhin auf den Aufstandsbekämpfungsplan der Regierung Duterte zu konzentrieren und die revolutionären Kräfte zu besiegen.

Dies ist ein überflüssiger Ratschlag. Marcos Jr. hat bereits damit begonnen, ein Regime zu errichten, das die Rechte des philippinischen Volkes noch stärker unterdrückt und missbraucht als das seines Vorgängers Duterte und sogar das seines Vaters Marcos Senior. Seine Wahl der Spitzenbeamten für seine neue Regierung ist bereits ein hinreichendes Indiz dafür.

Er ernannte Senator Juan Ponce Enrile, einen der wichtigsten Architekten und Verwalter der Kriegsrechtsdiktatur von Marcos Sr, zum Rechtsberater des Präsidenten. Seine Nationale Sicherheitsberaterin Clarita Carlos hat bereits die Tür zu Friedensverhandlungen mit der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen zugeschlagen und erklärt, die berüchtigte Nationale Task Force zur Beendigung lokaler kommunistischer bewaffneter Konflikte beibehalten zu wollen.

Die bedrohlichste Ernennung ist jedoch die von General Jose Faustino Jr. zum neuen Verteidigungsminister. General Faustino ist der schlimmste der faschistischen Generäle der philippinischen Streitkräfte, der für die brutale Kampagne von Luftangriffen, außergerichtlichen Tötungen und groben Menschenrechtsverletzungen auf Mindanao verantwortlich ist, insbesondere nachdem Duterte 2017 die gesamte Insel unter Kriegsrecht gestellt hatte.

Von den USA indoktriniert und angeleitet, leitete er unter Duterte nacheinander die 10. Infanteriedivision, das Kommando Ost-Mindanao und die Joint Task Force Mindanao der AFP - die alle für den blutigen Krieg gegen die indigenen Lumad und andere Gemeinschaften in Mindanao berüchtigt sind. Diese AFP-Einheiten führten massive Unterdrückungs- und Befriedungskampagnen gegen die Gemeinschaften durch, indem sie Dörfer hamletisierten und Gemeinschaftsorganisationen auflösten, um Kapitalisten, insbesondere US-Unternehmen, den Zugang zu ihrem Land zu erleichtern und die natürliche Umwelt zu plündern.

General Faustino wird als Verteidigungsminister den schmutzigen Krieg in Mindanao intensivieren und auf den Rest des Landes ausdehnen, in dem vergeblichen Bemühen, den Verteidiger des Volkes, die Neue Volksarmee (New Peoples' Army-NPA), auszulöschen.

Aber Gen. Faustino führt einen verlorenen Krieg. Die Kommunistische Partei der Philippinen stellt fest, dass "sich die Zahl der NPA-Kämpfer weiter vervielfacht, ihre Territorien sich auf neue und alte Gebiete ausdehnen, während sie sich einer Massenbasis von Millionen von Menschen erfreuen, die ihre Armee unterstützen."

Tatsächlich ist der Rat von General Lorenzana an Marcos Jr., sich auf die Aufstandsbekämpfung zu konzentrieren, ein unmissverständliches Eingeständnis, dass das Duterte-Regime mit seiner Prahlerei, die revolutionäre Armee vor Ende seiner Amtszeit zu zerschlagen, kläglich gescheitert ist.

Auch Marcos Jr. wird feststellen, dass die revolutionären Kräfte am Ende seiner eigenen Amtszeit noch viel stärker sein werden. Genau wie nach dem schändlichen Ende seines Vaters, des Diktators Marcos Sr. **UP**

“Anti-Terrorismus-Rat” stuft Jalandoni und 5 andere als Terroristen ein

Ich bin kein Terrorist“, erklärte Luis G. Jalandoni, als er von seiner Einstufung als Terrorist durch den „Anti-Terrorismus-Rat“ der Regierung Duterte erfuhr. Er fügte hinzu: „Ich habe mehr als drei Jahrzehnte lang für einen gerechten und dauerhaften Frieden auf den Philippinen gearbeitet.“ Jalandoni ist ein leitender Berater des Verhandlungsgremiums, der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen, in den Friedensgesprächen (peace talks) mit der Regierung der Republik der Philippinen. Vor 2016 war er mehr als 20 Jahre lang Vorsitzender des Friedenspanels der NDFP.

Fortsetzung nächste Seite...



Luis G. Jalandoni: *Ich bin kein Terrorist!*
Foto archivieren.

... Fortsetzung

Der „Anti-Terrorismus-Rat“ erließ seine Resolution Nr. 31 vom 25. Mai 2022, die jedoch erst am 15. Juni veröffentlicht wurde und bezeichnete Jalandoni und fünf weitere Personen als „terroristische Personen“, weil sie angeblich Führer der Kommunistischen Partei der Philippinen und der NDFP sind. Der Informationsbeauftragte der CPP, Marco Valbuena, erklärte: „Die Partei und die revolutionäre Bewegung verurteilen diese schamlose, unbegründete und empörende Behauptung aufs Schärfste... Sie entbehrt jeder Grundlage und führt keine konkreten, bewertbaren Fakten an. Sie zielt darauf ab, sie zu verleumden und ihre demokratischen Rechte einzuschränken.“

Valbuena erklärte: „Es ist der von den USA unterstützte reaktionäre philippinische Staat, der in Wirklichkeit der größte Terrorist ist... Seine Streitkräfte und Polizei führen außergerichtliche Tötungen, willkürliche Verhaftungen,

Folter, Hamletisierung von Gemeinden, Verhängung von Ausgangssperren, Lebensmittelblockaden und Luftangriffe auf zivile Gemeinden durch.“ **UP**



IStGH Ankläger Karim Khan.
Foto: icc-cpi.int

IStGH-Ankläger drängt auf Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen die Regierung Duterte

Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, beantragte am 24. Juni bei der IStGH-Vorverfahrenskammer, dass sein Büro die Ermittlungen zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen auf den Philippinen wieder aufnehmen darf, obwohl die Regierung Duterte einen Aufschub beantragt hatte. [In seinem 53-seitigen Antrag](#) erklärte IStGH-Ankläger Khan, die Regierung in Manila habe nicht nachgewiesen, dass sie

Verbrechen, die in die Zuständigkeit des IStGH fallen, „untersucht hat oder untersucht“.

Khan ersuchte die I. Strafkammer des IStGH, die Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen die Philippinen „ungeachtet des Aussetzungsantrags“ der Regierung Duterte zu genehmigen und den Gerichtshof zu ersuchen, weitere Eingaben von Opfern oder ihren Vertretern „nach einem beschleunigten Zeitplan“ entgegenzunehmen.

Die IStGH-Vorverfahrenskammer hat den IStGH-Ankläger ermächtigt, im September 2021 eine förmliche Untersuchung einzuleiten, die den Zeitraum vom 1. Juli 2016, als Duterte Präsident wurde, bis zum 16. März 2019, als die Philippinen aus dem Römischen Statut austraten, abdeckt. Die Untersuchung wird sich auch auf Dutertes Zeit als Bürgermeister und Vizebürgermeister von Davao City erstrecken, seit die Republik der Philippinen am 1. November 2011 dem IStGH beigetreten ist.

Die Anklagebehörde des IStGH setzte die Ermittlungen jedoch im November 2021 aus, nachdem die Regierung von Manila beim Gerichtshof einen Antrag auf Vertagung gestellt hatte.

Khan erklärte: „Die bloße Bereitschaft oder der Wille, zu ermitteln oder strafrechtlich zu verfolgen, reicht nicht aus“, um eine Einstellung der Ermittlungen zu rechtfertigen. Er wies die vom Justizministerium in Manila vorgelegte Liste von 52 Fällen als bloße „administrative“ und „Schreibtischuntersuchungen“ einer kleinen Anzahl von Fällen zurück, die keine Ermittlungsaktivitäten darstellen. „Dies kann die Verschiebung der Ermittlungen des IStGH nicht rechtfertigen“, sagte er.

Der IStGH-Ankläger zitierte auch den Bericht der philippinischen Menschenrechtskommission über drogenbedingte Tötungen in den Jahren 2016 bis 2021, der zu dem Schluss kam, dass die Regierung in Manila „ihrer Verpflichtung, die Menschenrechte aller Bürger zu respektieren und zu schützen, nicht nachgekommen ist“ und „eine Kultur der Straflosigkeit gefördert hat, die die Täter davor schützt, zur Rechenschaft gezogen zu werden.“

Er sagte, dass Gruppen, die die Opfer vertreten, und Menschenrechtsorganisationen die Wiederaufnahme

Fortsetzung nächste Seite...

... *Fortsetzung*

der Ermittlungen des Gerichtshofs unterstützen. „Ohne eine solche Untersuchung besteht nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die reale Gefahr, dass die auf den Philippinen begangenen Verbrechen nach dem Römischen Statut nicht untersucht und nicht bestraft werden“, sagte Khan.

Wenn die Ermittlungen des IstGH wieder aufgenommen werden, wird der Prozess dort fortgesetzt, wo er aufgehört hat, nämlich bei der Suche nach Beweisen für die Ausstellung von Haftbefehlen. **UP**



Gen. Hermogenes Esperon.
Foto: pna.gov.ph

Staatliches Verbot für Kritiker der Online-Medien angeprangert

Die Anordnung der Regierung Duterte, philippinischen Online-Nutzern den Besuch von 25 Websites zu untersagen, die ihrer Ansicht nach „mit Terroristen und terroristischen Organisationen in Verbindung stehen und diese unterstützen“, stieß auf breite Verurteilung. Auf der Liste der gesperrten Websites stehen die Websites der Kommunistischen Partei der Philippinen, der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen und mit ihr verbündeter Organisationen, des CPP-Gründungsvorsitzenden Jose Maria Sison, lokaler Online-Nachrichtenorganisationen sowie lokaler Gemeinde- und

Aktivistenorganisationen. Außerdem sind Websites internationaler Organisationen und Nachrichtenblogs aufgeführt.

Die CPP prangerte „den Vorstoß an, eine Marcos-Anti-Demokratie-Internet-Firewall zu errichten, in einem verzweifelten Versuch, Online-Kritik und Dissens gegen das neue illegitime Marcos-II-Regime zu zensieren, sowie fortschrittlichen, patriotischen und revolutionären Journalismus und Literatur zu unterdrücken, die die Missstände des herrschenden Systems aufdeckt.

Der Informationsbeauftragte der CPP, Marco Valbuena, stellte klar, dass von den 25 Websites, deren Verbot angeordnet wurde, „nur sieben tatsächlich mit der CPP und der NDFP verbunden sind... mindestens sechs Websites auf der willkürlich erstellten Liste sind inaktiv.“ Valbuena zeigte sich auch überrascht, dass [Counterpunch](#) und [Monthly Review](#) auf der Liste zu finden sind, beides in den USA ansässige Organisationen, „die progressive Ansichten vertreten“.

Internationale Medienorganisationen kritisierten das Verbot, insbesondere gegen die unabhängigen Nachrichtensender [Bulatlat](#) und [Pinoy Weekly](#). Die International Federation of Journalists erklärte: „Die Sperrung des Zugangs zu unabhängigen Medienorganisationen unter dem Vorwand angeblicher terroristischer Verbindungen ist ein klarer Versuch der Zensur und Medienkontrolle.“

Die Foreign Correspondents Association of the Philippines pflichtete bei: „Die Maßnahmen der Regierungsbehörden zur Zensur unabhängiger Medien sind bedauerlich. Der Versuch, die Berichterstattung zu kontrollieren und Kritik an der Regierungspolitik zu unterdrücken, verstößt gegen demokratische Grundsätze.“

Phil Robertson, stellvertretender Asien-Direktor von Human Rights Watch, kritisierte die Duterte-Regierung für ihre Schikanen gegen Journalisten und Aktivisten und nannte das Verbot einen „dreisten Versuch“, progressive Gruppen und Medien zu zensieren. „Erstaunlich ist, wie leicht die Regierung ihre diffamierende Rhetorik eskalieren lässt, indem sie von einer roten Markierung zu einer Einstufung als Terroristen übergeht, sie also faktisch als Terroristen markiert“, sagte Robertson.

Unterdessen erklärte die Integrated Bar of the Philippines (IBP) am 25. Juni: „Die Nationale Telekommunikationskommission ist nicht befugt, den Zugang zu Nachrichten-Websites und Pressemitgliedern auf der Grundlage bloßer Behauptungen“ des Nationalen Sicherheitsberaters General Hermogenes Esperon zu beschränken. Die IBP erklärte, das Verbot bedrohe nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch die legitimen Aktivitäten von Menschenrechtsverteidigern und anderen progressiven Gruppen.

Der Nationale Sicherheitsberater der Regierung Duterte, General Hermogenes Esperon, wies die Nationale Telekommunikationskommission am 6. Juni an, den Zugang philippinischer Internetnutzer zu 25 Websites zu sperren, die „mit Terroristen in Verbindung stehen“ oder „Terroristen unterstützen“. Auf der Liste standen die Websites der lokalen Gruppen Bagong Alyansang Makabayan, Pamalakaya fishers alliance, AMIHAN peasant women alliance, UMA agricultural workers union, Rural Missionaries of the Philippines und Save Our Schools Network sowie der internationalen Gruppen International League of Peoples' Struggle und International Action Center. **UP**